

⇒ Matthias Zeeb

## **Richtungsstreit in der ökologischen Sackgasse**

### **Vollbeschäftigung und Grundeinkommen als richtige Antworten auf falsche Fragen**

Das Grundeinkommen als sozial- und vor allem gesellschafts-politisches Konzept ist einer der wenigen konsequenten Gegenentwürfe zum bestehenden Verhältnis zwischen dem Gemeinwesen und den Einzelnen, der es in der öffentlichen und politischen Debatte in den letzten Jahren sowohl zu Prominenz als auch einiger Verweildauer gebracht hat.

Gleichzeitig tauchte in den beiden vergangenen Jahren in der politischen Rede auch die Vollbeschäftigung als erreichbares Ziel wieder auf. Die Bewertung der Ursachen für den Rückgang der Arbeitslosigkeit und den Anstieg der Beschäftigung seit der Einführung der Arbeitsmarktreformen von 2005 ist durchaus noch umstritten, doch nach so vielen Jahren ihrer faktischen Abwesenheit und des Abfindens mit den hohen Arbeitslosenquoten scheint es nicht abwegig, auch den Politikansatz »Vollbeschäftigung« pragmatisch als sozial- und gesellschaftspolitische Innovation zu bezeichnen.

Die Auseinandersetzung zwischen den beiden Ansätzen wird bisweilen durchaus mit einiger Schärfe geführt. »Hartz IV ist offener Strafvollzug.« (Werner 2006, 37) ist von Grundeinkommensbefürwortern zu hören. Und auch Gegner des Grundeinkommens

greifen durchaus zu drastischen Bildern von »Elendsgebieten und Polizeistaat« (Wegner 2007, 8).

Wie soll es nun die Politik halten und auf welche Seite gar neigte sich am besten die sozialetische Waage?

---

**Matthias Zeeb**, 1965 in Stuttgart, Diplom-Volkswirt, Studium der Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Regionalstudien Lateinamerikas in Tübingen und Córdoba (Argentinien). 1996 bis 2004 internationale Beratungstätigkeit zur Reform sozialer Sicherungssysteme. 2005 bis 2007 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD. Heute freiberuflich tätig als Berater der Volkswirt und entwicklungspolitischer Gutachter mit den Schwerpunkten Soziale Sicherheit und Gesellschaftliche Resilienz. Neuere Veröffentlichungen: Niedriglohnsektor. Plädoyer für eine Gratwanderung, Berlin (2006), Grundeinkommen: nicht unbedingt eine gute Idee, Frankfurt (2007).

---

Auf die Seite derer, die Arbeit als zentralen Faktor der gesellschaftlichen Integration sehen und über eine neue Begünstigung niedrig entlohnter Beschäftigung, wenn vielleicht nicht alle, dann aber doch möglichst viele im Arbeitsmarkt unterbringen wollen? Oder auf die Seite der ganz anders Denkenden, die individuelle Freiheit und sozialen Zusammenhalt nicht aus lohnabhängiger Beschäftigung, sondern aus sinnerfüllter, selbst bestimmter Tätigkeit erwachsen sehen und deshalb über eine garantierte finanzielle Absicherung allen dazu die Möglichkeit geben wollen?

Die folgenden Überlegungen gehen einen anderen Weg zum Vergleich der beiden Konzepte. Hier werden zunächst weniger die Aspekte der Arbeitsmarktwirkungen, der sozial- und steuerrechtlichen Ausgestaltung oder die Freiheitswirkungen diskutiert. Vielmehr wird argumentiert, dass ökologische Erkenntnisse und Entscheidungskriterien notwendig sind, um die Sinnhaftigkeit sozialpolitischer Kontroversen einzuordnen. Und dann im Weiteren, dass sie gleichzeitig dazu beitragen können, Sozialpolitik zu entwickeln, die nicht nur näher an den ökologischen Gegebenheiten des Planeten liegt, sondern aufgrund dieser Vorbedingung auch präziser benennen kann, wo die höchsten Hürden für sozialen Ausgleich und faire Lebenschancen stehen.

Um den Kontrast zu einem ökologisch fundierten sozialpolitischen Ansatz zu verdeutlichen, seien zunächst die ökonomischen und gesellschaftlichen Grundannahmen der beiden diskutierten Ansätze Vollbeschäftigung und Grundeinkommen noch einmal pointiert skizziert.

### ⇒ **Vollbeschäftigung**

Es ist kein Zufall, dass von Vollbeschäftigung in einer Zeit die Rede ist, in der erstmals seit längerem wieder verstärktes Wirtschaftswachstum zu konstatieren war. Das traditionelle Vollbeschäftigungsziel steht für eine Wirtschaftspolitik, die gesellschaftlichen Wohlstand am Zuwachs des Sozialproduktes misst. Aus dieser Perspektive ist Arbeitslosigkeit schon allein

deshalb ein Problem, weil durch solche Unterauslastung des Produktionsfaktors wertvolle Wachstumsimpulse verloren gehen. Gleichzeitig besteht durch die technologische Entwicklung ein beständiger Druck, menschliche Arbeitskraft durch zunehmend intelligente Maschinen und Anlagen zu ersetzen. In dieser Konstellation verlangt das Vollbeschäftigungsziel die kontinuierliche Ausweitung der wirtschaftlichen Tätigkeit. Wachstumsförderung erscheint als die einzige realistische politische Handlungsmöglichkeit. Zum Erreichen dieses Zieles gilt die Fähigkeit von Märkten, effiziente Allokationsergebnisse herbeizuführen als die zentrale Richtschnur. Auf die Arbeitsmarktpolitik übertragen folgt daraus, dass, wie in der 'neuen' Vollbeschäftigungspolitik der vergangenen fünf Jahre versucht wird, die Wachstums- und Beschäftigungsziele durch zunehmende Lohnspreizung und die Ausweitung der Niedriglohnbeschäftigung zu erreichen. Zur wirtschaftspolitischen Flankierung wird zusätzlich ein breites Bündel an Maßnahmen zur »Innovationsförderung« versucht – in der Hoffnung auf internationale Wettbewerbsvorteile und entsprechende Beschäftigungseffekte. Wie groß die Bedeutung ist, die dem Wirtschaftswachstum politisch gegeben wird zeigt beispielhaft der Koalitionsvertrag der derzeitigen Bundesregierung. Unter dem Gliederungspunkt 1.1 ist dort die erste Überschrift: »Wirtschaftspolitische Strategie: Neues Wachstum, mehr Beschäftigung« (CDU u.a. 2005, 20). Wirtschaftswachstum ist tatsächlich der große soziale Befriedigungsmythos der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und als ein Paradigma auch nach dreißig Jahren Ökologiedebatte nicht wirklich angetastet.

### ⇒ **Grundeinkommen**

Innerhalb der Grundeinkommensbefürworter sind trotz der gemeinsamen Grundeinkommensidee sehr unterschiedliche wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorstellungen vertreten (Zeeb 2007a, 19-20). Innerhalb der liberalen Strömung ist weniger das Grundeinkommen selbst der Kern einer gesellschaftspolitischen Vision. Es wird vielmehr instrumentell eingesetzt um als Ziel das Zurückdrängen des Staates und die Entlastung der

Unternehmen von Steuern und Sozialabgaben zu befördern. Ein auf der Höhe des soziokulturellen Minimums (oder noch darunter) angesiedeltes Grundeinkommen ersetzt in den Modellen dieser liberalen Richtung im Prinzip sämtliche bisher bestehenden sozialen Sicherungssysteme. Dass gleichzeitig neue Märkte für die private, nicht mehr solidarisch organisierte Absicherung der zentralen Lebensrisiken entstehen, ist durchaus erwünscht.

Wenn zur Finanzierung des Grundeinkommens zusätzlich ein Einkommensteuertarif vorgeschlagen wird, der im Vergleich zur derzeitigen Situation eine weniger stark progressive Wirkung erwarten lässt, wird insgesamt deutlich, dass es auch hier, wie im Vollbeschäftigungskonzept, in erster Linie um die Förderung wirtschaftlichen Wachstums geht. In kühler Konsequenz wird allerdings in den liberalen Grundeinkommensmodellen auch noch auf den Anspruch der Teilhabe durch Integration in den Arbeitsmarkt verzichtet.

Während Vollbeschäftigungsbefürworter und liberale Proponenten des Grundeinkommens sich also lediglich in der Intensität unterscheiden, mit der sie das Wachstumsziel verfolgen, neigen libertäre Grundeinkommensbefürworter dazu, die Fortdauer von Wachstum und insbesondere die technologische Entwicklung zu höherer Produktivität als gegeben vorauszusetzen.

Wo die Propheten der Vollbeschäftigung mit einer Mischung aus Furcht und trotziger Entschlossenheit die Rede vom Ende der Arbeitsgesellschaft durch noch mehr Technologie und noch mehr Wachstum widerlegen wollen, machen sich die libertären Grundeinkommensbefürworter daran, die Früchte eben dieser mit immer weniger Arbeitseinsatz geschaffenen paradiesischen Zustände (Werner 2006, 21) nach einem neuen Verfahren zu verteilen. In dieser Wohlstandswelt tritt neben Gütermärkte und den Arbeitsmarkt das Grundeinkommen als wichtiger zusätzlicher Verteilungsmodus, der ein soziokulturelles Minimum (oder auch noch mehr) durch staatliches Handeln finanziert und bedingungslos garantiert.

Im Kern betrachtet stehen beide Ansätze in je unterschiedlicher Weise in der Tradition eines modernen Fortschrittsglaubens. Das macht, besonders in schwierigen Zeiten, ihren politischen Reiz aus, ändert aber nichts daran, dass auch solcher Optimismus einen guten Verlauf der Zukunft nicht herbeizwingen kann, sehr wohl aber im Gegenteil Gefahr läuft, die Wahrnehmung existenzieller Bedrohungen und durchaus nicht unwahrscheinlicher, weniger optimistischer Szenarien auszublenden.

Es überrascht daher wenig, wenn die Ergebnisse ökologisch orientierter Forschung, hier verstanden als die Beschäftigung mit den grundlegenden Lebensbedingungen der Menschheit innerhalb der Biosphäre, in solchen sozialpolitischen Diskussionen scheinbar nicht wirklich wahrgenommen werden.<sup>1</sup> Sie erscheinen als völlig separater politischer und ethischer Diskussionszusammenhang. Direkte Verbindungen werden, wenn überhaupt, dann vor allem mit der Hoffnung auf die Beschäftigungseffekte der 'grünen Zukunftsmärkte' hergestellt. Technologischer Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum werden entweder stillschweigend vorausgesetzt oder gelten als ausdrücklich erstrebenswert.

Grundlage einer ökologischen Ökonomik ist dagegen, menschliches Wirtschaften und gesellschaftliches Zusammenleben als eingebettet in die Abläufe der Biosphäre des Planeten Erde zu sehen. Das bedeutet unmittelbar, dass alles menschliche Leben und Handeln für seine stofflichen und energetischen Bedürfnisse den Grenzen der biosphärischen Leistungsfähigkeit unterliegt. Es legt außerdem nahe, dass globale ebenso wie lokale und regionale ökologische Systeme über einen Punkt hinaus genutzt werden können, der zu ihrer dauerhaften Degradierung oder Zerstörung führt. Überschreitet die Menschheit mit ihrem Ressourcenverbrauch diesen Punkt, wird menschliches Leben auf der Erde zumindest im gegenwärtigen Umfang und auf dem erreichten Lebensstandard unmöglich (Daly/Farley 2004, 15).

---

(1) Umgekehrt finden sich in Konzepten, die von ökologischen Prämissen ausgehen sehr viel deutlichere Überlegungen zu den sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen und geeigneten Reaktionen darauf (z.B. Vogt 2007; BUND u.a. 2008).

Diese Thesen sind offensichtlich für die gewöhnliche Sozialpolitik nicht relevant – zumindest, so lange man die biosphärischen Grenzen in ausreichender Entfernung wähnt. Unter sozialpolitisch Interessierten scheint dies der Fall zu sein, sonst müssten viele Debatten deutlich anders verlaufen, als heute zu beobachten ist.

Ist diese wenig besorgte Haltung zu rechtfertigen? Und welche Überlegungen könnten für eine ökologisch fundierte Sozialpolitik eine Rolle spielen? Die folgenden Abschnitte befassen sich zunächst mit unserer hoch selektiven, auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital fixierten Wahrnehmung des ökonomischen Prozesses und blicken dann exemplarisch auf die gesellschaftlichen und ökonomischen Auswirkungen zweier aller Wahrscheinlichkeit nach zentraler Faktoren zukünftiger gesellschaftlicher Entwicklung: den Klimawandel und die Begrenztheit der Erdölförderung.

### ⇒ Energie als zentraler Faktor ökonomischer Entwicklung

Dass die Wirtschaftswissenschaft mit der Erklärung des Phänomens Wirtschaftswachstum ihre Schwierigkeiten hat, zeigt sich nicht nur an den häufigen Fehleinschätzungen der einschlägigen Institute, wenn es gilt, die Konjunkturprognose für die allernächste Zukunft abzugeben. Auch der immense längerfristige Wachstumstrend seit der Industriellen Revolution ist in der Wirtschaftstheorie bisher höchst unbefriedigend erklärt. Die heute wirtschaftspolitisch dominierende Neoklassische Wirtschaftstheorie führt alle Produktion auf die beiden Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital zurück. Der zunehmende Einsatz von Arbeitskraft und der wachsende Kapitalstock reichten allerdings in der empirischen Überprüfung nicht aus, um die tatsächlich vorzufindende Wachstumsgeschichte zu erklären. Die Differenz (Solow-Residuum oder Total Factor Productivity genannt) gilt als die Wirkung des technischen Fortschritts.

Sehr hohen Erklärungswert zeigen dagegen Modelle, die den Wirtschaftsprozess aus einer stärker naturwissenschaftlichen

Perspektive betrachten und deshalb auch Energie als Faktor in einer entsprechenden mathematischen Produktionsfunktion berücksichtigen (Kümmel 1989; Hall u.a. 2001; Ayres 2007). Aus ihren Ergebnissen ist für die weitere Betrachtung zweierlei von besonderer Bedeutung: Zum einen zeigt sich im Vergleich über verschiedene Industrieländer, dass der Energieeinsatz ein bedeutender Faktor ist, dessen produktive Wirkung nicht nur weit über seinen verhältnismäßig kleinen gesamtwirtschaftlichen Kostenanteil hinausgeht, sondern auch deutlich über dem Einfluss der anderen Produktionsfaktoren liegt<sup>2</sup>. Zum anderen fällt auf, dass insbesondere dem Faktor Arbeit zur Entlohnung ein weitaus größerer Anteil am Gesamtprodukt zugeteilt wird als nach seinem Beitrag zur Produktion zu erwarten wäre. Zugespitzt formuliert: die Arbeit, die die Energie leistet, wird den Arbeitern bezahlt. Kümmel (1998, 21) gebraucht das Bild der »Energiesklaven«. Für die alte Bundesrepublik entsprach im Jahr 1990 die Arbeitsleistung durch Energie (ohne Prozesswärme und Raumheizung) der Arbeit von neun Schwerstarbeitern pro Einwohner.

Warum ist von Belang, ob Theorien realen Erklärungswert haben, die in mathematisch nicht ganz einfachen Modellen formuliert sind und für Nicht-Ökonomen oft obskur bleiben? Ihre Relevanz liegt nicht zuletzt in der Wechselwirkung zwischen ökonomischer Theoriebildung einerseits und gesellschaftlicher und politischer Wahrnehmung andererseits.

Gibt es tatsächlich nur Arbeit und Kapital als Produktionsfaktoren, dann ist es konsequent, den Produktivitätsfortschritt an der Arbeitsproduktivität zu messen und als Orientierungsgröße für Tarifverhandlungen zu verwenden. Ist der größte Teil des beobachteten Wirtschaftswachstums tatsächlich durch die fortschreitende technologische Entwicklung zu erklären, dann tut die Politik gut daran, Innovationen aller Art zu fördern.

---

(2) Durchschnittliche Produktionselastizitäten für Energie zwischen 0,45 und 0,54, für Kapital zwischen 0,34 und 0,45 und für Arbeit zwischen 0,05 und 0,21. (Hall u.a. 2001, 670).

Ist allerdings der Energieeinsatz die treibende und unterschätzte Antriebskraft des Wirtschaftswachstums, dann sind Wirtschaft und Politik seit der ersten Ölkrise 1973/74 damit beschäftigt, durch effizientere Energienutzung die Verteilungsspielräume zugunsten des Faktors Arbeit zu erhalten und den auf die Beschäftigung durchschlagenden Preisanstieg für Energie zu verarbeiten.

Folgt man dieser Analyse, dann ist die Verteilungsauseinandersetzung entlang der Konfliktlinie zwischen Arbeit und Kapital ein Nebenschauplatz, ein historisch bedingtes Ritual, das eher sozialstrukturelle als ökonomische Realitäten widerspiegelt und die ökologischen völlig ausblendet. Auch die Arbeitsmarkttheorien der Neoklassik, denen zufolge Arbeit nach Leistung entlohnt wird, werden hinterfragt – die Ergebnisse können ein weiterer Erklärungsbeitrag für die in den vergangenen Jahren zunehmende Lohnspreizung sein. Die Höhe der Entlohnung hinge demnach viel stärker vom Arbeitsangebot ab und von der relativen Verhandlungsstärke der Tarifparteien. Damit tritt neben die Konkurrenz durch Länder mit niedrigerem Lohnniveau und die politische wie kulturelle Schwächung der Gewerkschaften ein weiterer grundlegender Erklärungsfaktor für die in weiten Teilen der industrialisierten Welt rückläufigen Reallöhne, insbesondere in den unteren Qualifizierungs- und Einkommensgruppen. Diese wären dann die sozialen Auswirkungen eines säkularen Verfalls der Verteilungsposition des Faktors Arbeit, eines Prozesses der Umverteilung in Richtung auf die Energieerzeuger und diejenigen mit neuen Ideen zur Energieeinsparung und -gewinnung.

Gleichzeitig wird immer deutlicher, dass insbesondere fossile Energie als Treiber wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung in der bisherigen Form nicht mehr verfügbar sein wird und auch nicht sein sollte. Das Erreichen des Erdölfördermaximums und die Beschleunigung des Klimawandels stellen Gesellschaften weltweit vor Anpassungsanforderungen epochaler Tragweite – sei es zur Vorbeugung oder als notgedrungene Reaktion nach deren Scheitern.

## ⇒ Klimawandel

Die Europäische Union hat schon 1996 das Ziel formuliert, dass die globale Durchschnittstemperatur höchstens 2°C über das Niveau der vorindustriellen Zeit ansteigen dürfe. Dieses Ziel wird seither immer wieder bekräftigt und gilt auch als Leitlinie für die deutsche Klimapolitik. Ein ähnlicher Zielkorridor wird im klimawissenschaftlichen Prozess unter dem Dach der Vereinten Nationen (IPCC) diskutiert. Die Gründe für die Auswahl solcher Zielgrößen sind von zentraler Bedeutung. Exemplarisch sind etwa die frühen Überlegungen des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung (WBGU 1995, 7-9), die als klimapolitische Zielkriterien »Bewahrung der Schöpfung« und »Vermeidung unzumutbarer Kosten« formulieren, also eine Temperaturänderung, mit der sowohl die natürlichen Ökosysteme als auch die menschlichen Gesellschaften noch zurechtkommen könnten. Mit zunehmendem Wissen über die komplexen Wirkmechanismen klimatischer Veränderungen ist seither noch ein drittes, entscheidendes Kriterium hinzugetreten. Es gilt eine sichere Marge einzuhalten, um die gefährlichen Kipp-Elemente nicht in Bewegung zu setzen – also natürliche Prozesse, die, einmal ausgelöst, den Klimawandel so verstärken würden, dass er praktisch nicht mehr aufzuhalten wäre (Schellnhuber 2006).

Nach dem Vierten Sachstandsbericht des IPCC (2007, 8) ist bei Beibehaltung der bis dato eingeführten Schritte zur Reduktion der Treibhausgasemissionen ein Anstieg der globalen Mitteltemperatur bis zum Ende des 21. Jahrhunderts um 1,6° bis 6,9° Celsius über das vorindustrielle Niveau wahrscheinlich. Gleichzeitig stellt das IPCC fest (2007, 20), dass für das Erreichen des 2°-Zieles, langfristig eine Stabilisierung des CO<sub>2</sub>-Gehalts der Atmosphäre bei 350 bis 400 ppm notwendig wäre, und dies bestenfalls noch über einen Emissionspfad zu erreichen ist, der spätestens 2015 die Treibhausgasemissionen tatsächlich reduziert und sie bis 2050 um 85% absenkt. Diese Ergebnisse entsprechen wegen des langwierigen Prüfungs- und Kompilierungsprozesses in etwa dem wissenschaftlichen Sachstand des Jahres 2005.

Sowohl der seitherige wissenschaftliche Erkenntnisgewinn als auch die inzwischen beobachtbaren Auswirkungen des Klimawandels lassen die Einschätzung des IPCC als deutlich zu optimistisch erscheinen und stellen das Verbleiben unterhalb der 2°-Grenze damit nicht nur in Frage, sondern lassen vermuten, dass es nicht mehr erreichbar ist.

Nach den Ergebnissen des Global Carbon Project (2008), der internationalen Forschungscoordination zur Messung und Modellierung des Kohlenstoffkreislaufs der Erde, steigt der Ausstoß des anthropogenen Kohlendioxids seit dem Jahr 2000 im jährlichen Durchschnitt viermal so schnell wie in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass die Aufnahmefähigkeit der natürlichen Senken (insbesondere der Ozeane) kontinuierlich zurückgeht. Im Ergebnis steigt der CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre seit dem Jahr 2000 schneller als selbst in den pessimistischeren Szenarien des IPCC. Die inzwischen weltweit spürbaren klimatischen Veränderungen mit ihren vielfältigen Auswirkungen auf ökologische und soziale Systeme – insbesondere der spektakuläre Rückgang des nördlichen Polareises – sowie der wachsende Kenntnisstand über frühere planetare Erwärmungsereignisse bringt deshalb führende Klimawissenschaftler dazu, für drastische Reduktionsmaßnahmen zu plädieren. Der Leiter des Klimaforschungsprogramms der NASA, James Hansen, fordert einen sofortigen Baustopp für Kohlekraftwerke um den CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre schnellstmöglich auf 350ppm zurück zu führen und schreibt drängende Briefe an politische Entscheidungsträger (Hansen 2008). Hans Joachim Schellnhuber, führender deutscher Klimaforscher, fordert eine neue industrielle Revolution (Schellnhuber 2008, 14240).

Die Anzeichen von Panik in der klimawissenschaftlichen Szene werden nachvollziehbar, wenn man sich vor Augen führt, welche langfristigen Veränderungen das Durchbrechen der 2°-Grenze mit sich brächte (IPCC 2007, 7-14), das inzwischen schon einen wahrscheinlichen Ausgang darstellt. Oberhalb der 2°-Erwärmung lassen sich sehr schnell katastrophale Szenarien ausmalen.

Hunderte Millionen Menschen werden unter zunehmender Wasserknappheit leiden. 30% aller Tier- und Pflanzenarten wären vom Aussterben bedroht. Schon ab 2020 wäre für den afrikanischen Regenfeldbau mit Ertragsrückgängen von 50% zu rechnen. Gleichzeitig träte eine Umkehrung des Kohlenstoffkreislaufs ein: die terrestrischen Ökosysteme würden derart geschädigt, dass sie Kohlendioxid nicht mehr binden, sondern abgeben und somit eine Selbstverstärkung der Erwärmung befördern.

Wie schwierig die Umstellung der Energieerzeugung und des -verbrauchs selbst dann wird, wenn diese wissenschaftlichen Ergebnisse direkt in Politik umgesetzt werden, lässt sich daran erkennen, dass im Jahr 2007 88% (BP 2008, 41) der weltweit verbrauchten Energie<sup>3</sup> auf die fossilen Rohstoffe Öl, Kohle und Gas entfielen.

#### ⇒ Erdölmaximum

Für eine Beurteilung der Wirkungen einer Verknappung von Energieressourcen sind weniger die Reichweite<sup>4</sup> als vielmehr einerseits die erzielbare Förderung pro Periode und andererseits die durch Technologiewahl und infrastrukturelle Investitionsentscheidungen bestimmte vermutliche Verbrauchsentwicklung die entscheidenden Einflussfaktoren. Seit einigen Jahren wird verstärkt diskutiert, ab welchem Zeitpunkt aus geologischen Gründen (also nicht aufgrund von Nachfrageänderungen) der Rückgang der jährlichen Erdölfördermengen zu erwarten ist. Im internationalen Vergleich eher optimistische Institutionen, wie die deutsche Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, urteilen, dass »aus geologischer Sicht bei moderatem Anstieg des Erdölverbrauchs die Versorgung mit Erdöl über einen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren« gewährleistet werden kann. Erst danach sei mit einer »Versorgungslücke« zu rechnen, die durch andere

(3) Das schließt die 40% der Weltbevölkerung, die sich ganz auf den Verbrauch lokaler Biomasse stützen nicht mit ein (BGR 2007, 3).

(4) Die Reichweite ist zu verstehen als das Verhältnis zwischen derzeitigem Verbrauch und den bekannten (und vermuteten)Lagerstätten.

Energieträger ausgeglichen werden müsste (BGR 2007, 16). Andere Analysen (EWG 2007, 12) sehen das Fördermaximum bereits 2006. Nach dem Überschreiten des Fördergipfels (*peak oil*) wäre mit jährlichen Rückgängen im einstelligen Prozentbereich zu rechnen. Die Zahlen des Jahres 2007 mögen als Indiz für die gravierenden ökonomischen Folgen einer solchen Entwicklung dienen: Im Vergleich zu 2006 war ein Produktionsrückgang von lediglich 0,2% (BP 2008, 8) zu beobachten, der jedoch mit einer annähernden Verdoppelung des Preises einherging.

Aus ökonomischer Sicht ist aufschlussreich, dass trotz der seit einigen Jahren steigenden Preise offensichtlich keine Ausdehnung des Angebots mehr stattfand. Dieses Verhalten der Anbieter lässt sich entweder mit tatsächlichen Grenzen der Förderung erklären oder aber durch eine veränderte Wahrnehmung. Werden die Vorräte als endlich gesehen, bilden sich die heutigen Preise von der Zukunft her. Die für die Zukunft erwartete Knappheit und die entsprechend hohen kommenden Preise beeinflussen die heutigen Förderungsentscheidungen. Wer als Produzent Preissteigerungen erwartet, die über dem liegen, was sich aus der Investition der heute zu erzielenden Einnahmen erwirtschaften lässt, wird das Öl heute in der Erde lassen und erst in der Zukunft fördern. Die Mehrzahl der großen Förderländer kann auch bei Preisen, die deutlich unter den Spitzen des Jahres 2008 liegen, durchaus auf einen Teil der Einnahmen erst einmal verzichten.

Mineralölprodukte decken etwa 35% des weltweiten Verbrauchs an Primärenergie (BGR 2007, 13). Auch in Deutschland liegt der Anteil ähnlich hoch. Insbesondere im Verkehrsbereich besteht eine sehr hohe Abhängigkeit von über 90% (AGEB 2008b). Die Anpassung an schnell steigende Preise ist deshalb in jedem Fall mit weitreichenden ökonomischen und sozialen Folgen verbunden.

### ⇒ Die Komplexität der Knappheit

Die Bedeutung der Energie für den Wirtschaftsablauf und auch die begrenzenden Faktoren der Ressourcenknappheit und des Klimawandels stellen letztlich beide hier diskutierten sozialpolitischen Ansätze in Frage: Weiteres Wachstum wird bei Knappheiten in der Energieversorgung zunehmend schwierig zu realisieren sein (und damit auch die Schaffung neuer Arbeitsplätze), aber andererseits ist es gleichzeitig keinesfalls ausgemacht, dass energiegetriebene technische Neuerungen uns die Arbeit abnehmen oder gar, dass das ökonomische Ergebnis des Energieeinsatzes auch in Zukunft weniger an den Energieerzeuger fällt als vielmehr zur gesellschaftlichen Verteilung zur Verfügung steht.

Die Ereignisse des Jahres 2008 sollten zumindest nachdenklich machen und können vermutlich auch als hinreichender Beleg dafür gelten, dass die beschriebenen Entwicklungen weder erst in einer fernen Zukunft zu spüren sein werden, noch sich regional oder sektoral begrenzen ließen. Stabil hoher Verbrauch in den Industrieländern, wachsender Verbrauch in den Schwellen- und Entwicklungsländern und abnehmende Produktion in wichtigen Förderländern lösten Ölpreisrekorde aus, die mit ähnlichen Preissteigerungen für andere Energieträger einher gingen. Sie waren gleichzeitig Mitverursacher der globalen Preiskrise bei Nahrungsmitteln: Treibstoff und Dünger verteuerten sich, die klimapolitisch oder aus dem Wunsch nach mehr Energie-Unabhängigkeit motivierten Biotreibstoffprogramme<sup>5</sup> in den Industrieländern taten ein Übriges. Die dem Klimawandel zuzuschreibenden langjährigen Dürren in Australien und anderen Regionen stellen eine weitere Verbindung dar, die deutlich macht, wie Ernährungssicherung, Energieversorgung und Klimawandel sich mit hoher Geschwindigkeit zu einem einzigen Problemkomplex verdichten.

---

(5) Die Herstellung von Biotreibstoffen ist sozialpolitisch von besonderer Brisanz, weil sie perspektivisch die Energienachfrage der Zahlungskraftigen und den elementaren Grundbedarf der Armen auf ein und demselben Markt gegeneinander stellt.

Die globalen Märkte 'funktionierten' 2007/08 in dem Sinne, dass durch die deutlichen Preissignale inzwischen weltweit versucht wird, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern und weniger Energie zu verbrauchen. Doch die Folgen solcher unvermittelten, marktgesteuerten Anpassung durch überschießende Preise ist kein trivialer Vorgang, sondern, wenn es sich um Güter des Grundbedarfs wie Nahrung und Energie handelt, ein unsichtbarer aber dennoch brutaler Verdrängungswettbewerb, der die Ärmsten und Schwächsten unmittelbar und existenziell bedroht.

Aus dieser Perspektive ist es auch keinesfalls ausgemacht, dass derzeit lediglich eine Blase überzogener Anlagepreise platzt. Die Kehrseite der finanziellen Expansion der vergangenen Jahre war ein kreditfinanzierter Boom, der auch mit den entsprechenden stofflichen und energetischen Verbrauchszuwächsen verbunden war, und an dessen Existenz und Fortdauer sich globale Wirtschaftsstrukturen und Gesellschaftsformen über Jahre ausgerichtet haben. Für die Finanzkrise und die ihr folgende Rezession ist kaum zu bestreiten, dass die sprunghaft angestiegenen Energie- und Nahrungsmittelpreise ein auslösendes Element der Zahlungsunfähigkeit us-amerikanischer Hypothekenschuldner waren.

Aber hat menschlicher Erfindungsreichtum in der Vergangenheit nicht alle Begrenzungen und Schwierigkeiten überwunden und zum heute vorherrschenden Stand der technologischen Entwicklung und des Wohlstands geführt? Der Einwand ist zwar berechtigt und wird hier durchaus nicht übersehen, gleichzeitig ist er jedoch von begrenzter argumentativer Tragfähigkeit. Die wachstumswirksamsten technischen Innovationen der Vergangenheit entstanden aus der Fähigkeit, fossile Energiequellen, zunächst Kohle dann Öl und Gas, zu erschließen und diese zur Verstärkung menschlicher Arbeitskraft und menschlicher Steuerungsfähigkeit einzusetzen. Dem Übergang von Holz als wichtigstem Energieträger auf Kohle gingen massive soziale Katastrophen voraus und die Bilder des Elends der sich beschleunigenden Industriellen Revolution prägen bis heute das Denken und Handeln in sozialen

Fragen. Selbst mit der Hoffnung auf problemlösende Innovationen bliebe also ausreichend Grund zur Besorgnis, ganz abgesehen von den ohnehin bereits heute bedenklichen Lebensbedingungen vieler Menschen weltweit.

Den Konflikt zwischen ökologischen Grenzen und politischen wie ökonomischen Wachstumsvorstellungen durch ein entmaterialisiertes Wachstum im Dienstleistungssektor überwinden zu wollen, verkennt zweierlei: Zwar mag für Dienstleistungen im Durchschnitt weniger Ressourceneinsatz notwendig sein, doch ist auch ihre Produktion bisher nicht ohne Ressourcenverbrauch, insbesondere für die Energieerzeugung, realisiert. Und es ist bisher nicht der Fall, dass wegen des wachsenden Dienstleistungssektors etwa weniger Autos gebaut würden. Es werden die Autos heute mit weniger Arbeitseinsatz produziert, möglicherweise auch mit geringerem Energieverbrauch. Das Gesamtergebnis der Verschiebung der volkswirtschaftlichen Anteile vom produzierenden Gewerbe zum Dienstleistungssektor, verbunden mit Effizienzgewinnen in allen wirtschaftlichen Bereichen, bedeutet bisher aber lediglich eine *relative* Entkoppelung von Sozialprodukt und Energieverbrauch. Der Ressourcenverbrauch stagniert, geht aber kaum *absolut* zurück, was notwendig wäre. Die Analyse der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB 2008a, 5-7) errechnet für Gesamtdeutschland im Zeitraum 1991 bis 2007 lediglich einen ca. 0,9%igen Rückgang des Primärenergieverbrauches. Bei näherer Betrachtung der Einflussfaktoren wird deutlich, dass die Energieproduktivität (Output je eingesetzter Menge Energie) in diesem Zeitraum tatsächlich stark zugenommen hat (um durchschnittlich 1,6% pro Jahr).<sup>6</sup> Das gleichzeitige Wirtschaftswachstum von im Schnitt 1,5% jährlich neutralisierte jedoch 85% dieser Fortschritte direkt wieder.

Die Crux der Energie- und Klimafrage liegt in der gleichzeitig notwendigen Überwindung verschiedener Hürden und der Bearbeitung z.T. konträrer Ziele: Reduktion der Treibhausgas-

---

(6) Wovon ein beträchtlicher Teil außerdem auf die relativ leicht erzielbaren Effizienzgewinne durch den Ersatz technologisch überholter Geräte und Anlagen aus der DDR-Wirtschaft entfallen dürfte.

emissionen, Gewährleistung der Versorgungssicherheit, weltweit gerechtere Verteilung der Energieressourcen, Umgang mit entstehenden Knappheiten (insb. bei Erdöl), Überwindung der Pfadabhängigkeiten und Investoreninteressen durch den Altbestand an Anlagen, gesellschaftlicher Umgang mit vermutlich eingeschränkten Konsummöglichkeiten durch den Umbau der Energieerzeugung hin zu Quellen mit geringeren Erntefaktoren<sup>7</sup> usw.

Es wird kaum möglich sein, all dies zu erreichen. Insbesondere, weil die notwendigen drastischen Umstellungen gesellschaftliche und ökonomische Anpassungszeit benötigen. Es liegt deshalb nahe, sich auf diejenigen Parameter zu konzentrieren, die zielführend sind und gleichzeitig Handlungsspielräume eröffnen, die nur eingeschränkte Zielerreichung in anderen Bereichen teilweise abpuffern können. Darin liegt die zentrale Bedeutung erneuerbarer Energien, verbesserter Energie- und CO<sub>2</sub>-Effizienz, aber auch die Chance präventiver Suffizienz. Selbstbeschränkung ist vor allem für die Industrieländer ein Gebot der Vernunft und der Gerechtigkeit.

Zusätzliche Brisanz entsteht durch den Umbau des Weltwirtschaftssystems in den vergangenen zwei Jahrzehnten. Es ist auch deshalb in diesen Hochzeiten der aktiv betriebenen Globalisierung so produktiv geworden, weil erkannt und durch Politik und Unternehmen auch umgesetzt wurde, dass die Aufhebung von Grenzen, von Lagerhaltung, von hierarchischen Kontrollen, von Verzögerungen, ja von Vielfalt immense Kräfte und Ressourcen freisetzen kann. In der Wirtschaftspolitik lief das unter den Stichworten Deregulierung, Harmonisierung, Privatisierung. In der Arbeitsorganisation war es die schlanke Produktion, die atmende Fabrik, das Just-In-Time. Bei den Unternehmensstrukturen waren es die flachen Hierarchien, bei den Unternehmensstrategien die Konzentration auf die Kernkompetenz. In der Finanzwelt war es das Hebeln mit Fremdkapital um die eigene Rendite zu erhöhen.

---

(7) Der Erntefaktor bezeichnet das Verhältnis zwischen in einem Kraftwerk erzeugter nutzbarer Energie und der für Bau und Betrieb aufzuwendenden Energie.

In dieser Konzentration auf die Steigerung der systemischen Produktivität (Zeeb 2005, 2) wurden bremsende, dämpfende und verzögernde Strukturen abgebaut, um Wirtschaft und Gesellschaft auf Hochleistung zu trimmen. Spätestens die Ereignisse des Krisenjahres 2008 zeigen, dass die politischen, gesellschaftlichen oder ökonomischen Akteure mit der Komplexität und der Geschwindigkeit, in denen Veränderungen deshalb inzwischen ablaufen, überfordert sein könnten und in vielen Fällen an die Grenzen ihrer Handlungs- und Steuerungsfähigkeit gelangen.

Selbst wenn in den kommenden Jahren echte Schritte in Richtung auf ein nachhaltigeres<sup>8</sup> Gesellschaftsmodell gelingen sollten, wird die Komplexität der Zusammenhänge und die Neigung zu unerwarteten Entwicklungen bestehen bleiben. Energieverknappung und Klimawandel sind in ihrer Kombination eine zivilisatorische Bedrohung, denn auch die von den fossilen Energieträgern gespeiste schillernde Blase der Industriegesellschaft ist nicht zwingend reißfest. Es geht hier nicht um Umweltschutz durch ein bisschen mehr Selbstdisziplin bei der Mülltrennung, und auch nicht um Naturschutz durch neue Krötentunnel unter deutschen Landstraßen (so wichtig beides zweifelsohne sein mag), sondern um die elementarste aller menschlichen Fragen: auf welchen Tischen das täglich Brot steht und auf welchen nicht.

### ⇒ Systemische gesellschaftliche Resilienz

Energieverknappung und Klimawandel sind systemische Risiken. Zum einen, weil ihre Auswirkungen Kernfunktionen menschlicher Gesellschaften bedrohen (Ernährung, Wasserversorgung, Transport), zum anderen, weil diese Bedrohungen eben nicht nur Einzelne treffen oder regional begrenzt bleiben, sondern potenziell auf dem gesamten Globus (wenn auch in unterschiedlicher Intensität) wirksam werden.

---

(8) Gemeint ist hier eine strenge Nachhaltigkeit, die die wirtschaftliche Entwicklung spätestens mittelfristig den ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitszielen eindeutig unterordnet.

Wenn die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systeme, in denen wir leben und von deren Funktionieren wir in elementarer Weise abhängig sind, gegenüber systemischen Risiken so anfällig sind, dann sollte die bisherige Zielsetzung systemischer *Produktivität* in den Hintergrund treten und stattdessen systemische gesellschaftliche *Resilienz* in die Leitbilder gesellschaftlicher Entwicklung integriert werden.

Resilient wäre eine Gesellschaft dann, wenn sie aufgrund ihrer Ausgestaltung und durch geeignete Maßnahmen auch angesichts plötzlicher Schocks oder langsam sich entwickelnder bedrohlicher Trends funktionsfähig bleiben kann.

Die Frage nach dem Beitrag zur gesellschaftlichen Resilienz als ethisches Kriterium für politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entscheidungen und Entwicklungen zu verwenden, definiert dann eine notwendige Bedingung für die zentralen ethischen Gerechtigkeitskriterien. Gleichzeitig wird aber auch eine Wechselwirkung beschrieben. Das Konzipieren und Aufbauen gesellschaftlicher Resilienz umfasst immer auch elementare Werteentscheidungen, die das Selbstverständnis einer Gesellschaft berühren: Wegen welcher Funktionen ist der Ausgangszustand einer durch Klimawandel gestörten Alternative vorzuziehen? Welche Funktionen einer Gesellschaft sollen überhaupt erhalten bleiben? Der Schutz menschlichen Lebens, elementare Menschenrechte, Gerechtigkeit, Freiheit? Wie wenig dies nur scheinbar und wie viel dies doch tatsächlich bedeutet, zeigt sich bereits daran, dass schon unter heutigen Bedingungen großen Teilen der Menschheit diese Rechte vorenthalten werden. Die Folgen des Überschreitens ökologischer Grenzen treffen vor allem die Armen und besonders Verletzlichen, die gleichzeitig über die geringsten Möglichkeiten verfügen, sich anzupassen oder zu schützen.

### ⇒ Was bedeutet dies für die Sozialpolitik in einem reichen Land?

Dass ökologische Fragen und insbesondere politische Maßnahmen mit ökologischer Zielsetzung immer auch Gerechtigkeitsfragen sind, ist inzwischen weitgehend anerkannt. Noch zu selten wird dagegen berücksichtigt, dass auch Gerechtigkeitsfragen und sozial- oder gesellschaftspolitische Maßnahmen zu deren Gestaltung Auswirkungen haben können, die die Erreichung notwendiger ökologischer Zielsetzungen betreffen.

Welche Sozialpolitik also erfüllt ihren eigentlichen Zweck, ist mit Nachhaltigkeitszielen kompatibel und erhöht die gesellschaftliche Resilienz angesichts der ökologischen und daraus folgenden ökonomischen Risiken? Eine Sozialpolitik, die ihren Zweck erfüllen soll, muss (nachweislich) einen Beitrag dazu leisten, dass (messbar) mehr Menschen ihre Lebenschancen wahrnehmen können. Sie sollte außerdem das individuelle Management von Lebensrisiken unterstützen und den Absturz unter das soziokulturelle Existenzminimum verhindern. Welche der Formeln Vollbeschäftigung oder Grundeinkommen hier insgesamt besser Wirkungen entfalten könnte, wäre erst zu beurteilen, wenn die Strukturen in dem Kranz begleitender Politikfelder in die Betrachtung mit einbezogen würden. Dies ist hier nicht zu leisten, doch lassen sich einige Grundüberlegungen zu einer gerechtigkeitsorientierten Politik unter ökologischen Prämissen formulieren.

Folgt man den vorausgegangenen Überlegungen, so ist zu erwarten, dass die Verteilungslogik entlang der Trennung von Arbeit und Kapital sich noch deutlicher verändern wird als bisher schon zu beobachten ist. Wenn durch steigende Energiepreise ein Teil der bisherigen Wertschöpfung denen zufließt, die über Energieressourcen verfügen oder Einsparttechnologien entwickeln, dann wird der Druck auf Löhne und Gehälter zunehmen. Wo, aus volkswirtschaftlicher Perspektive, bisher eher nach einer unbewussten Logik sozialen Zusammenhalts die Lohnvereinbarungen getroffen wurden, könnte in der Zukunft kaum ein Zuwachs an

»Arbeitsproduktivität« verbleiben, der überhaupt zu verteilen wäre. Gleichzeitig wird sich, und das ist anekdotisch schon zu beobachten, die technologische Entwicklung sehr viel stärker als bisher auf Einsparung von Energie und weniger auf das Wegrationalisieren von Arbeitskraft konzentrieren. Damit ist aber keineswegs das Ende der Arbeitslosigkeit auszurufen. Im Gegenteil: höhere Energiepreise dämpfen in erster Linie den Wirtschaftsprozess und sind über diesen Mechanismus sehr viel unmittelbarer negativ beschäftigungswirksam (Niveaueffekt) als eine denkbare Umkehrung des Rationalisierungstrends der bisher Arbeit durch Energie ersetzt (Substitutionseffekt).

In einer von Knappheit geprägten Gesellschaft, in der es wenig oder gar keinen Zugewinn mehr zu verteilen gibt, gewinnen Verteilungsfragen eine ganz andere, angeschrägte Bedeutung als sie sie in der auf Wachstum geeichten Gesellschaft hatten. Zwangsläufig rücken damit die Produktionsfaktoren wieder in das Zentrum des politischen Interesses und wird sich die Forderung nach deren gerechteren Verteilung wieder als politische Zielsetzung etablieren. Die beobachtbare und sich auch für die weitere Entwicklung abzeichnende Schwächung des Faktors Arbeit erfordert alternative Formen der Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands bzw. der Wertschöpfung: Bleiben diese aus, droht eine weitere Polarisierung der Einkommens- und Vermögensverteilung, mit den entsprechenden sozialen und politischen Folgen. Gleichzeitig bieten sich nur wenig eindeutige Alternativen an: Bisher wird in Überhöhung der Arbeitsmoral der durch den Produktionsfaktor Energie gewonnene Anteil an der Produktion dem Faktor Arbeit, also den Beschäftigten zugeschlagen. Könnten in Zukunft leistungslose Einkommensanteile für alle denkbar werden, also Renten, nicht nur für diejenigen, die keine Leistung mehr erbringen können, sondern im Gegenteil für alle, die Teil des Gemeinwesens sind?

Unter dem Gesichtspunkt ökologischer Nachhaltigkeit dürfen sozial- oder gesellschaftspolitische Modelle der notwendigen absoluten Reduktion des Energie- und Ressourcenverbrauchs

zumindest nicht widersprechen. Vielmehr sollten sie diese Verbrauchsminderung möglichst befördern. Generelles Wirtschaftswachstum ist mit diesem Kriterium also nicht in Einklang zu bringen. Entsprechend können auch Konzepte nicht überzeugen, die für ihre sozial- oder gesellschaftspolitischen Ziele Wachstum ausdrücklich anstreben oder stillschweigend voraussetzen. Es versteht sich von selbst, dass diese Einschränkungen nicht bei denen beginnen können, die aufgrund ihrer prekären ökonomischen Situation lediglich einen im Verhältnis geringen Anteil der Verbräuche oder Emissionen verursachen.

Spannender noch ist die Frage nach dem Beitrag der Sozialpolitik zu gesellschaftlicher Resilienz. Resilienz kann auch umschrieben werden als die Fähigkeit einer Gesellschaft zum einen negative Szenarien unwahrscheinlicher machen zu können und zum anderen insgesamt mit einer Vielzahl von Szenarien zurecht- kommen zu können. Wie entsteht in diesem Sinne mehr Resilienz? Wenn Risiken drohen, dann empfiehlt es sich, durch Vorbeugung und Anpassung aber auch durch Risikostreuung<sup>9</sup> und Innovationen technologischer wie auch sozialer Art, tragfähige Strategien zu entwickeln. Sich Optionen offen zu halten ist eine Art der gesellschaftlichen Rückversicherung.

Bei aller Bemühung, auf das Unerwartete vorbereitet zu sein, hat die Komplexität sowohl der natürlichen als auch der menschengemachten globalen Systeme doch zur Folge, dass unbekannte Wirkungen, überraschende Ereignisse und begrenzte Steuerungsmöglichkeiten zwangsläufig sind. Es ist deshalb, auch um den Preis des Effizienzverlustes, sinnvoll, Vielfalt wo immer möglich zu erhalten – sei es im Mix der eingesetzten Technologien, in der Wahlmöglichkeit der Bildungswege, in der Wirtschaftsstruktur usw. Eine Politik, die Experimentierfreude und Risikobereitschaft fördert, kann die Vielfalt möglicherweise erhöhen. Hierbei kann jede Sozialpolitik eine Rolle spielen, die zur Absicherung gegen

(9) Die Geschichte der Verbriefung nicht mehr auf den einzelnen Kredit beziehbarer Pakete von Darlehensverträgen zeigt allerdings auch, dass eine Risikostreuung, bei der keine direkte Verbindung mehr zwischen einzelnen Parteien einer Vereinbarung besteht, ihrerseits zur Verschleierung und systematischen Unterschätzung von Risiken beitragen kann.

Lebensrisiken beiträgt. Allerdings entstehen soziale, technologische und andere Innovationen vor allem durch Ideen und erst in zweiter Linie durch Arbeit. Die wäre dann aber häufig zunächst unternehmerischer oder ehrenamtlicher Art. Dies sind nicht die Erwerbsformen, die die gegenwärtige Vollbeschäftigungspolitik besonders fördert.

In einem von Knappheit und möglicherweise Schrumpfen bestimmten Umfeld ist die Resilienz von Haushalten oder Einzelpersonen ein Punkt, der besondere Aufmerksamkeit erfordert. In einem solchen Umfeld sichert eine marktgesteuerte Verteilung keine Minimumversorgung. Preissignale auf global verbundenen Energie- und Nahrungsmittelmärkten betreffen Menschen mit niedrigem Einkommen in besonderem Maße. Dass sie gleichzeitig die politische Bereitschaft zur Erhöhung von Sozialleistungen nicht unbedingt befördert, zeigen die Auseinandersetzungen um die Alg II-Regelsätze nach den Milchpreiserhöhungen. Verteilungsmodi neuer Art, die zusätzliche Einkommensquellen darstellen, können deshalb zu mehr individueller Resilienz und damit auch zu mehr systemischer gesellschaftlicher Resilienz beitragen. Doch sollte das Resilienzdenken auch in den Haushalten verwurzelt werden. Erstrebenswert wäre, wenn sich vermeiden ließe, dass eine einseitige Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen entsteht. Die schmerzliche Erfahrung, dass in systemischen Krisen auch der Staat nicht mehr in der Lage ist zu helfen, wurde in der Geschichte in vielen Ländern gemacht.

### ⇒ **Vollbeschäftigung und Grundeinkommen: Was bleibt?**

Was bleibt von der Vollbeschäftigungsidee? Arbeit (nicht unbedingt lohnabhängige Arbeit, aber Erwerbstätigkeit) erhöht die Chancen auf soziale Integration und gesellschaftliche Teilhabe (EKD 2006). Dies sollte auch für eine Sozialpolitik innerhalb ökologischer Grenzen von Bedeutung bleiben. Allerdings – und hier liegt eine der Schwächen des Vollbeschäftigungsmodells – ist der Arbeitslohn möglicherweise nicht das, wofür wir ihn gehalten haben. Wenn bisher die Abschöpfung der Energierente den

Massenkonsum und damit das westliche Industrialisierungsmodell finanziert hat, dann wird die Schmälerung dieses Verteilungsspielraums epochale soziale Verwerfungen mit sich bringen. Vieles spricht also möglicherweise für eine Relativierung, sicher aber gegen eine Verabsolutierung der Arbeit als Verteilungsmodus. Die neuen Verteilungsmodi sind auch nicht als andere ausschließende Alternativen zu sehen, sondern als die Vielfalt und damit die Wahlmöglichkeiten erhöhende, kombinierbare individuelle Gestaltungselemente.

Dass es trotzdem eine Menge guter Gründe für Arbeitsplätze und auch Vollerwerbsarbeitsplätze gibt, bleibt davon unberührt: für die Einzelnen, weil es die individuelle Resilienz und soziale Integration erhöht, für das Gemeinwesen aus just diesen Gründen. Was der Integration in Arbeit dient, sollte erhalten bleiben: Bildung, Förderung, Abbau von sozial- und steuerrechtlichen Hürden (mit einer negativen Einkommensteuer), Teilzeitbeschäftigung. Wäre dies konsequenter umgesetzt, ist fraglich, wie viel 'Zwang' dann, wenn überhaupt, noch zu rechtfertigen wäre.

Was bleibt vom Grundeinkommen? Eine Welt mit wachsender Unsicherheit braucht Institutionen, die den Schutz der Einzelnen betonen und verstärken. Dies ist ein Kriterium, das ein garantiertes Grundeinkommen erfüllen könnte. Dabei läge in einem Knappheitsszenario der bedeutende Kern der Grundeinkommensidee weniger in der Bedingungslosigkeit, die der individuellen Freiheit Schutz gewährt, als vielmehr in dem Versuch einer durch das Gemeinwesen getragenen, politisch, rechtlich und vor allem kulturell tief verankerten Garantie der individuellen Existenz und Gleichberechtigung. Der dafür notwendige kulturelle Wandel ist eine nicht einfach zu erfüllende Mindestbedingung für ein Grundeinkommen, das mehr sein sollte als ein verschlanktes System sozialer Sicherung. Nur in diesem Fall wäre über einen progressiven Finanzierungsmodus unter den Bedingungen einer Stagnation oder eines Rückgangs des Wohlstandsniveaus die notwendige Umverteilung zu Gunsten der unteren Einkommensschichten zu etablieren. Ohne solchen kulturellen Wandel würde in Situationen

schrumpfenden Wohlstands lediglich 'unten' abgeschmolzen, um 'oben' das gewohnte Niveau zu halten.

Von entscheidender Bedeutung für die Entstehung gesellschaftlicher Resilienz ist ein großer Pool an Ideen, experimentellen Projekten und unternehmerischen Persönlichkeiten als ein Teil eines immerwährenden Fundus, aus dem, wenn das Unerwartete eintritt, geschöpft werden kann. Ein garantiertes Grundeinkommen erweitert hier die Möglichkeiten für Selbstverwirklichungsprojekte der Mittelschichten ebenso wie für Innovationen technologischer, unternehmerischer oder sozialer Art.

### ⇒ Teilhabe- und Umverteilungspolitik

Das große Dilemma zukünftiger Sozialpolitik liegt in der sich weiter verschlechternden Verteilungsposition der lohnabhängig Beschäftigten. Eine an Lebenschancen orientierte Sozialethik wird daher nicht umhin können, von der Politik einzufordern (Zeeb 2007b), dass das Ziel der gerechten Teilhabe weit über die klassische Sozialpolitik hinaus mehr Beachtung findet. Mehr Teilhabe ergibt sich aus einer gerechteren Verteilung der produktiven Faktoren des Wirtschaftsprozesses. Soziale Gerechtigkeit muss also nicht nur in der Ausgestaltung des Bildungssystems mehr Gewicht bekommen, sondern auch in einer echten Vermögensbildung, die über das Eigenheim hinausgeht in die Beteiligung an Betriebsvermögen und Grund und Boden. Hier ist sehr viel mehr Phantasie gefordert. Warum nicht eine Reform der Erbschaftsteuer, die für jedes an die Mitarbeiter gereichte Prozent der ererbten Kapitalbeteiligung einen Teil der Steuer erlässt? Soziale Gerechtigkeit muss aber auch eine stärkere Rolle spielen in der ordnungspolitischen Gestaltung von Märkten. Auch hier ist das Thema Energie ein treffendes Beispiel. Die stark konzentrierten Märkte für Strom und Gas oder die Rahmensetzung der entstehenden CO<sub>2</sub>-Emissionsmärkte sind einschlägig. Wo, wie im Fall des Emissionshandels, bisher öffentliche Güter<sup>10</sup> durch

(10) Bezieht sich hier auf den wirtschaftswissenschaftlichen Begriff eines Gutes von dessen Konsum niemand ausgeschlossen werden kann. Hiervon ist zu unterscheiden die gelegentlich anzutreffende Benennung öffentlicher Dienst-

staatliche Rahmensetzung handelbar werden, ist stärker darüber nachzudenken, wem die Erträge aus diesen neuen Märkten zufließen sollten. Die kostenlose Zuteilung an die Hauptemittenten, wie in Deutschland bisher gehandhabt, führt zu absurden Oligopolrenten bei den Energieversorgungsunternehmen bzw. ihren Aktionären. Die Zuteilung der Emissionszertifikate im Europäischen Handelssystem ist daher bei weitem nicht nur eine energie- und umweltpolitische Frage. Sie öffnet vielmehr einen völlig neuen Verteilungszusammenhang, und genau dieser sozialpolitische Aspekt sollte auch in der Ausgestaltung der Regulierung eine wichtige Rolle spielen. Die für die Zukunft vorgesehene Versteigerung zugunsten der Staatskasse wäre ein Fortschritt, doch ist auch hier die schwierig zu beantwortende Frage zu stellen, zu wessen Gunsten diese Gelder über den Staatshaushalt wieder verteilt werden. Verteilungspolitisch interessanter und klimapolitisch nicht falsch wäre es, wenn große Teile der Einnahmen aus einer Auktion zu gleichen Pro-Kopf-Beträgen wieder an die Bevölkerung ausgeschüttet würden.

### ⇒ Fazit

Die Menschheit tritt aus der Hochzeit des Überschwangs einer von billigen fossilen Energieträgern angetriebenen Industrialisierung in eine Phase des Übergangs ein, in der über die grundsätzlich anderen Prinzipien zu entscheiden ist, nach denen Gesellschaften funktionieren können, die sehr viel stärker von der Frage nach dem Überleben geprägt sein werden. Es zeichnet sich das Bild einer Welt ab, die aus dem Überfluss in einen Zustand der Knappheit eingetreten ist. Damit verschiebt sich in vielen Ländern eine zentrale Konstante der gesellschaftlichen Entwicklung: wo bisher durch wirtschaftliches Wachstum allen eine Verbesserung ihrer Lebenssituation möglich oder in Aussicht gestellt war, werden sich Politik und Gesellschaft der Frage zuwenden müssen, wie Wohlstandseinbußen gerecht zu verteilen sind. Dabei die Resilienz von Empathie und Solidarität zu stärken, könnte zu einer der schwierigsten Aufgaben werden.

---

leistungen, wie z.B. die Wasserversorgung, als öffentliche Güter.

Politische, ökonomische und gesellschaftliche Konzepte, die einen kontinuierlich hohen Energie- und Ressourcenverbrauch in den Industrieländern implizieren und damit entweder den Entwicklungsländern keinen höheren Anteil am Energie- und Ressourcenverbrauch zugestehen oder aber die ökologischen Grenzen ignorieren und damit zukünftige Generationen berauben, sind weder ethisch noch dauerhaft politisch oder ökonomisch tragbar. Die Ideen von Vollbeschäftigung und Grundeinkommen können mehr sein als phantomschmerzartige Paradiesfantasien nach der Vertreibung aus der Wachstumswirtschaft. Dies setzt jedoch voraus, dass ihre Versprechungen wie auch ihre Wirkmechanismen an den sich abzeichnenden Realitäten der biosphärischen Begrenztheit der menschlichen Zivilisation überprüft werden. Dann enthalten beide Konzepte nützliche Kerne, die im Angesicht der ökologischen Begrenzungen menschlichen Wirtschaftens Teil einer Strategie der gesellschaftlichen Resilienz sein können.

⇒ **Literaturverzeichnis**

AGEB (Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen) (2008a): Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2007, Berlin. Download unter: <http://www.ag-energiebilanzen.de/>. Zugriff am 20.09.2008.

AGEB (Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen) (2008b): Vollständige Energiebilanz der Bundesrepublik 2006, Excel-Datei, Stand: 27.08.2008 (vorläufig), Berlin. Download unter <http://www.ag-energiebilanzen.de>. Zugriff am 20.09.2008.

Ayres, Robert U. (2007): Energy and Economic Growth, in: Barbir, Frano; Ulgiati, Sergio (eds.): Sustainable Energy Production and Consumption. Benefits, Strategies and Environmental Costing, Dordrecht, Springer, 1-22.

BGR (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe) (2007): Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen 2006. Jahresbericht 2006, korrigierte Fassung vom 07.08.2008, Hannover. Download unter: <http://www.bgr.bund.de/>. Zugriff am 15.10.2008.

BP (2008): BP Statistical Review of World Energy June 2008, London. Download unter: <http://www.bp.com/productlanding.do?categoryId=6929&contentId=7044622>. Zugriff am 15.10.2008.

BUND (Bund für Umwelt- und Naturschutz), Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (Hg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte, Frankfurt, Fischer.

CDU, CSU, SPD (2005): Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit, Berlin. Download unter: [http://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_\\_\\_Anlagen/koalitionsvertrag.property=publicationFile.pdf](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/___Anlagen/koalitionsvertrag.property=publicationFile.pdf). Zugriff am 15.10.2008.

Daly Herman E., Farley, Joshua (2004): Ecological Economics. Principles and Applications, Washington u.a., Island.

EWG (Energy Watch Group) (2007): Crude Oil. The Supply Outlook, Ottobrunn. Download unter: [http://www.energywatchgroup.org/fileadmin/global/pdf/EWG\\_Oilreport\\_10-2007.pdf](http://www.energywatchgroup.org/fileadmin/global/pdf/EWG_Oilreport_10-2007.pdf). Zugriff am 24.09.2008.

EKD (Evangelische Kirche in Deutschland) (2006): Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität, Gütersloh, Verlagshaus.

Global Carbon Project (2008): Carbon Budget and Trends 2007, 26. September 2008. Download unter: <http://www.globalcarbonproject.org>. Zugriff am: 29.09.2008.

Hall, Charles; Lindenberger, Dietmar; Kümmel, Reiner; Kroeger, Timm; Eichhorn, Wolfgang (2001): The Need to Reintegrate the Natural Sciences with Economics, in: BioScience, Vol. 51 No. 8, 663-673.

Hansen, James E. (2008): Zahlreiche Dokumente auf Dr. Hansens Website: <http://www.columbia.edu/~jeh1/>. Zugriff am 15.10.2008.

IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) (2007): Climate Change 2007. Synthesis Report. Summary for Policymakers, Geneva. Download unter: [http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4\\_syr\\_spm.pdf](http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4_syr_spm.pdf). Zugriff am 15.10.2008.

Kümmel, Reiner (1998): Energie und Kreativität, Stuttgart u.a., Teubner.

Schellnhuber, Hans Joachim (2006): *Avoiding Dangerous Climate Change*, Cambridge u.a., University.

Schellnhuber, Hans Joachim (2008): *Global Warming. Stop worrying, start panicking?*, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences*, Vol. 105, No. 38, 14239-14240.

Vogt, Markus (2007): *Energie im Klimawandel. Plädoyer für ein ökosoziales Wohlstandsmodell*, in: *Herder Korrespondenz* 61, 130-135.

WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) (1995): *Szenario zur Ableitung globaler CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele und Umsetzungsstrategien. Stellungnahme zur ersten Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Berlin, Bremerhaven*. Download unter: [http://www.wbgu.de/wbgu\\_sn1995.pdf](http://www.wbgu.de/wbgu_sn1995.pdf). Zugriff am 4.10.2008.

Wegner, Gerhard (2007): *Eine Frage der Ehre – Das bedingungslose Grundeinkommen ein falscher Weg. Aber: So wie bisher, geht es auch nicht weiter*, in: *epd-Dokumentation* Nr. 19/2007, Frankfurt, 4-8.

Werner, Götz W. (2006): *Ein Grund für die Zukunft: das Grundeinkommen*, 4. Auflage, Stuttgart, Geistesleben.

Zeeb, Matthias (2005): *»außerhalb des Paradieses« – etwas vom Staat, der Wirtschaft und der Kirche*, Hannover. Download unter: [http://www.ekd.de/si-download/ausserhalb\\_des\\_paradieses.pdf](http://www.ekd.de/si-download/ausserhalb_des_paradieses.pdf). Zugriff am 24.09.2008.

Zeeb, Matthias (2006): *Niedriglohnsektor. Plädoyer für eine Gratwanderung*, in: Zeeb, Matthias (Hg.): *Beteiligungsgerechtigkeit. Bildung, Arbeit, Niedriglohn*, Berlin, Lit, 9-42.

Zeeb, Matthias (2007a): *Das bedingungslose Grundeinkommen: nicht unbedingt eine gute Idee*, in: *epd-Dokumentation* Nr. 19/2007, Frankfurt, 17-27.

Zeeb, Matthias (2007b): *Teilhabepolitik geht vor! Staat und Gesellschaft sind nicht reif für ein Grundeinkommen*, Hannover. Download unter: [http://www.ekd.de/si-download/SI\\_071206\\_thesen\\_grundeinkommen\\_zeeb.pdf](http://www.ekd.de/si-download/SI_071206_thesen_grundeinkommen_zeeb.pdf). Zugriff am 15.10.2008.

---

### **Zitationsvorschlag**

Zeeb, Matthias (2008): Richtungsstreit in der ökologischen Sackgasse. Vollbeschäftigung und Grundeinkommen als richtige Antworten auf falsche Fragen (Ethik und Gesellschaft 2/2008: Rückkehr der Vollbeschäftigung oder Einzug des Grundeinkommens?), Download unter: [http://www.ethik-und-gesellschaft.de/texte/EuG-2-2008\\_Zeeb.pdf](http://www.ethik-und-gesellschaft.de/texte/EuG-2-2008_Zeeb.pdf) (Zugriff am [Datum]).

---

---

## **Ethik und Gesellschaft** ökumenische Zeitschrift für Sozialethik

### **Ausgabe 2/2008: Rückkehr der Vollbeschäftigung oder Einzug des Grundeinkommens?**

Michael Sommer

**Rückkehr der Vollbeschäftigung oder Einzug des Grundeinkommens**

Sigrid Reihls

**Eine »neue Vollbeschäftigung« als Voraussetzung für ein »Leben in Fülle«**

Wolfgang Strengmann-Kuhn

**Vollbeschäftigung und Grundeinkommen**

Matthias Zeeb

**Richtungsstreit in der ökologischen Sackgasse**

**Vollbeschäftigung und Grundeinkommen als richtige Antworten auf falsche Fragen**

Torsten Meireis

**Bedingungsloses Grundeinkommen – eine protestantische Option?**

Matthias Möhring-Hesse

**Erwerbsarbeit über Wert**

---